

## ÜBERSICHT

### IN EIGENER SACHE

1. Rückblick: 28. Brandenburgische Frauenwoche
2. Equal Pay Day | Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung!
3. Zukunftstag im Land Brandenburg | 26. April 2018

### AKTUELLES

4. Politik braucht Frauen\* – Demokratie braucht Feminismus
5. Cottbus: Frauen\* gegen Rassismus und Ungerechtigkeit
6. Geschlechtergerechte Sprache – BGH-Urteil im Fall Marlies Krämer
7. 100 Jahre Frauenwahlrecht

### VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

## 1. Rückblick: 28. Brandenburgische Frauenwoche

Die 28. Brandenburgische Frauenwoche ist am 14. März 2018 erfolgreich zu Ende gegangen. Über 200 Veranstaltungen wurden im ganzen Land organisiert, durchgeführt und besucht. Ob Diskussionsrunden, Sportveranstaltungen oder Theaterstücke – neben den vielfältigen Formaten gab es eine große Bandbreite an verschiedenen Themen, die unter dem Motto „Selber Schuld“ beleuchtet wurden: Gewalt an Frauen\* und Mädchen\*, Lohnungleichheit, Altersarmut oder politische Teilhabe. Auch das Jubiläum zu 100 Jahren Frauenwahlrecht wurde aufgegriffen. Mit dem Motto wurde dazu aufgerufen, sich gegen individualisierte Schuldzuweisungen zu wehren, welche dazu dienen von strukturellen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten abzulenken, von denen besonders häufig Mädchen\* und Frauen\* betroffen sind.

Auf dem Blog des Frauenpolitischen Rats finden Sie in [Blogbeiträgen kurze Berichte zu einigen Veranstaltungen](#), sowie Bilder und weiterführende Informationen. Außerdem die [Dokumentation der Auftaktveranstaltung](#) am 1. März im Rathaus Potsdam, sowie ein [abschließende Bilanz der Landesgleichstellungsbeauftragten](#) Monika von der Lippe. Zudem findet sich ein Rückblick zur diesjährigen Frauenwoche in [unserem Frauenwoche-Archiv](#).

Der Frauenpolitische Rat dankt allen Organisator\*innen, Veranstalter\*innen und Teilnehmenden für die gemeinsame erfolgreiche Gestaltung der Brandenburgischen Frauenwoche. Veranstalter\*innen können außerdem gern in unserem [Auswertungsbogen](#) ein Feedback geben und Anregungen für das nächste Jahr schicken.

## 2. Equal Pay Day | Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung!

Der Equal Pay Day fiel dieses Jahr auf den 18. März und markiert damit die 77 Tage des Jahres, die Frauen\* rein rechnerisch umsonst arbeiten. Denn basierend auf den Brutto-Löhnen 2016 errechnete das **Statistische Bundesamt** eine [Lohnlücke von knapp 21% zwischen Frauen\\* und Männern\\* in Deutschland](#).

In unserer [Pressemitteilung vom 18. März](#) fordern wir daher eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit. In der gesellschaftlichen Debatte um Lohnungleichheit sollte es nicht nur um die Angleichung der Reallöhne gehen, sondern auch darum, Arbeit, Geld und Zeit umzuverteilen. **Verena Letsch, Referentin des FPR**, begründet dies wie folgt: „Während die einen weder von ihrer Lohnarbeit leben können oder in Erwerbslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, arbeiten die anderen zunehmend länger und verdichteter. [...] Alle, also auch Männer\*, könnten von einer Verkürzung der Normalarbeitszeit von 40 auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich profitieren.“

## 3. Zukunftstag im Land Brandenburg | 26. April 2018

Am 26. April 2018 wird zum 16. Mal der Zukunftstag im Land Brandenburg durchgeführt – ein Tag zur Berufsorientierung für Schüler\*innen ab der 7. Klasse. Im Rest der Republik gibt es den Girls' und Boys' Day, der gezielt Jungs oder Mädchen\* ansprechen soll, um Berufe vorzustellen, die weniger vom jeweiligen Geschlecht besetzt sind. Mädchen\* können so in MINT-Berufe (MINT ist eine zusammenfassende Bezeichnung für Berufe aus den Bereichen **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften und **T**echnik) reinschnuppern und Jungs\* in soziale Berufe. Von dieser Zielstellung

ist die Regierung im Land Brandenburg jedoch weitestgehend abgewichen, indem hier der Girls' und Boys' Day durch den „Zukunftstag“ ersetzt worden ist.

Auf der [Webseite des Zukunftstages](#) heißt es dazu: „Das Land Brandenburg geht mit seinem Zukunftstag einen Schritt weiter. Hier dient der Tag der Beruf- und Studienorientierung. Jugendliche können mit Blick auf ihre Stärken und Interessen ihr Berufswahlspektrum erweitern und dabei auch Berufe in den Blick nehmen, die eher „geschlechtsuntypisch“ sind.“

Somit dient der Zukunftstag vorrangig der allgemeinen Berufsorientierung. Wir machen darauf aufmerksam, dass dies zulasten der Mädchen\* und der „frauentypischen“ Berufe geht und damit die ursprüngliche Zielsetzung – die geschlechtsuntypische Berufswahl – in den Hintergrund rückt. Das ist insofern problematisch, als dass Geschlechtsblindheit in solchen politischen Maßnahmen alte Muster in der Berufswahl fortschreibt. Mädchen\* und Jungen\* benötigen gezielte Ansprachen und Angebote bei der Wahl geschlechtsuntypischer Berufe und Unternehmen müssen konkret dazu angehalten werden Mädchen\* anzusprechen. Der Frauenpolitische Rat fordert **Ministerin Britta Ernst** daher dazu auf, wieder eine geschlechtsbezogene Ausrichtung für einen Tag zur Berufsorientierung einzuführen.

## AKTUELLES

### 4. Politik braucht Frauen\* – Demokratie braucht Feminismus

Die politische Teilhabe von Frauen\* ist ein wichtiges Thema mit akutem Handlungsbedarf. So sind im [aktuellen Bundestag 31% Frauen\\* vertreten – 5 % weniger als zuvor im Bundestag](#). In Anbetracht verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gleichstellungsbestrebungen ist das ein Rückschritt. Die Forderungen nach Parität in den Parlamenten und nach einem Paritätsgesetz werden vehementer.

Auch auf die Judikative wirkt sich der Frauenmangel in der Politik aus: "Der Schwund an weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag macht sich deutlich bemerkbar. Wir können nur hoffen, dass bei den wichtigen Richterwahlen der nächsten Jahre die vielen hochqualifizierten Juristinnen nicht übergangen werden." So heißt es in der [Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. vom 23. März](#) zur Besetzung der Wahlausschüsse für die Richter\*innenposten an den obersten Gerichtshöfen und dem Bundesverfassungsgericht.

Generell wird klar: Demokratie braucht Feminismus! Dass es viele gesellschaftliche Errungenschaften gibt, die nur durch feministisches Engagement vorangetrieben wurden, ist vielleicht nicht immer allen klar – umso besser, dass das **Gunda-Werner-Institut** ein [Webdossier](#) veröffentlicht hat. Dieses widmet sich genau diesen Errungenschaften und macht deutlich, dass wir sie im aktuellen politischen Klima auch verteidigen müssen. Zum Beispiel wird in einem [Beitrag](#) deutlich, weshalb Rechtspopulismus und Antifeminismus so gut zusammenpassen und ein [Erklär-Video](#) macht klar, was sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eigentlich bedeutet.

## 5. Cottbus: Frauen\* gegen Rassismus und Ungerechtigkeit

Am 10. März 2018 demonstrierten etwa 250 Menschen anlässlich des **Internationalen Frauentages** friedlich in Cottbus. Ihre Demonstration gegen Rassismus und Ungerechtigkeit wurde jedoch von einigen Vorkommnissen überschattet, sodass sich **Women in Exile and Friends e.V.** und das **Bündnis Cottbus Nazifrei** dazu veranlasst sahen, am [12. März eine Presseerklärung dazu](#) abzugeben. Demnach sei der Demonstrationszug, den auch geflüchtete Frauen\* als Podium nutzten, von einem Mann mit Blumentöpfen attackiert worden – im Bericht der Polizei blieb dies unerwähnt. Außerdem wurde ein Bus, **der dem Jugendförderverein Chance e.V.** gehört und als Begegnungsbus dient, wegen eines technischen Defekts an der Oberkirche abgestellt. Abends sei dessen Auspuff mit Bauschaum verklebt und in der Nacht die Scheiben eingeschlagen worden, der Schaden beläuft sich auf mehrere tausend Euro. Dass ausgerechnet geflüchtete Menschen – besonders Frauen\* – die vor Gewalt und Krieg geflohen sind, in Cottbus erneut mit Gewalt konfrontiert werden, ist schrecklich und leider auch ein Zeichen dafür, wie weit der Hass, den zum Beispiel der Verein „Zukunft Heimat“ vor Ort schürt, sich schon entwickelt hat.

Zur Erneuerung des Busses und zur solidarischen Unterstützung kann gespendet werden:

Opferperspektive e.V. | Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE34100205000003813100 | BIC: BFSWDE33BE

**Betreff: Bus-Schaden Cottbus (bitte unbedingt angeben)**

## 6. Geschlechtergerechte Sprache - BGH-Urteil im Fall Marlies Krämer

Mitte März entschied der **Bundesgerichtshof** zur Klage von Marlies Krämer ([FPR-Rundmail2 18](#)) zu ihren Ungunsten. Marlies Krämer will zwar weiterkämpfen und falls nötig bis vor den **Europäischen Gerichtshof**, aber das allein wird die allgemeine Abwehr, wenn es um das „Gendern“ geht nicht auflösen. Einen Kommentar zum Urteil aus der **Süddeutschen Zeitung** finden Sie [hier](#).

In der Urteilsbegründung heißt es, Frauen würden durch die Nutzung der männlichen Form nicht diskriminiert, denn sie seien ja mitgemeint. Viele Feminist\*innen finden diese Sichtweise problematisch, so auch **Antje Schrupp**, die auf ihrem Blog auf das Grundproblem hinter dem „Mitgemeintsein“ hinweist: der Anspruch des Männlichen das Allgemeine zu repräsentieren. Männer können demnach sprachlich nicht als spezifische Gruppe sichtbar gemacht werden, was auch gar nicht nötig schein, denn sprachlich sind sie damit identisch mit Menschen – jede Abweichung von dieser Deutungshoheit müsse demnach kenntlich gemacht werden, also Frauen\* und weitere Geschlechter. Den kompletten Blogbeitrag finden Sie [hier](#).

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen** zeigt sich außerdem in einer Pressemitteilung empört über das Urteil des BGH. Schließlich würde schon viele Jahre dafür gekämpft, dass geschlechtergerechter Sprachgebrauch in öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und Institutionen gängige Praxis wird. Frauen\* sprachlich unsichtbar zu machen und diese Diskriminierung kleinzureden, stellt die **BAG** als „Schlag ins Gesicht“ dar.

## 7. 100 Jahre Frauenwahlrecht

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** hat zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht den [Facebook-Kanal „Gender Matters!“](#) gestartet. Es kommen Vorreiter\*innen und Vordenker\*innen des Frauenwahlrechts, aber auch aktuelle politische Akteur\*innen zu Wort.

Eine Jubiläumskampagne hat außerdem die **Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.** gemeinsam mit Organisationen und Verbänden gestartet. Diese soll bundesweite Aktionen und Veranstaltungen bündeln, sowie Wissenswertes aus der Geschichte des Frauenwahlrechts bekanntmachen. Die Webseite der Jubiläumskampagne finden Sie [hier](#).

### VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

Viele spannende **Veranstaltungen** im Raum Brandenburg (und manchmal auch Berlin) finden Sie wie immer auf unserer [Webseite](#).

### Mitmachen: Tamponsteuer senken!

**Yasemin Kotra** und **Nanna-Josephine Roloff** aus Hamburg treten der ungerechten Besteuerung der Monatsblutung entgegen und fordern eine faire Besteuerung von Hygieneartikeln wie Tampons und Binden! Der Steuersatz für Luxusartikel liegt in Deutschland bei 19% – dieser wird auch auf Hygieneartikel für Frauen\* angewandt – für Waren des „täglichen Bedarfs“ gelten 7%. Deshalb haben die beiden eine Online-Petition gestartet und bitten die politischen Machthaber\*innen sich für ihr Anliegen einzusetzen. Die Petition können Sie [hier](#) unterschreiben.

---

### [MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES FPR.](#) 14. April

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. | Bürgerhaus Sternzeichen, Galileistraße 37-39, 14480 Potsdam

Öffentlicher Teil: Workshop. Wie muss sich Politik verändern – und was hat das mit Frauen zu tun?

14. April 13:30-15:30 Uhr

---

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich [hier](#) neu darauf registrieren lassen will.

---

## IMPRESSUM

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch & Laura Schleusener

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81,

Mail : [kontakt@frauenpolitischer-rat.de](mailto:kontakt@frauenpolitischer-rat.de)

Web : [www.frauenpolitischer-rat.de](http://www.frauenpolitischer-rat.de)

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook](#) und folgen Sie uns auf [Twitter](#) !



Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. bedankt sich für die Förderung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Gesundheit und Familie